

verbreitet ist. Die Hinweise Blochs haben Kr. nicht bewogen, auf die Zustände vor 1198 einzugehen. Wir erfahren nicht, was das Reich für Grenzen (Böhmen!) und für Glieder hat, und wie diese Glieder rechtlich nicht nur bei der Wahl, sondern im allgemeinen organisiert sind. Von Wahl zu Wahl schreitet Kr. vorwärts, ohne daß ein einziges Mal auf Ereignisse jenseits dieser Wahlen ernstlich Rücksicht genommen wird. Ebenso ist es bei den Ideen, die als wirksam angeführt werden; allemal sind es solche, die sich unmittelbar auf die Wahl beziehen. Nicht, daß wir dem Verfasser nicht auch darüber hinaus Vertrautheit mit dem behandelten Zeitalter zuschrieben. Aber fruchtbar für sein Buch hat er sie nicht gemacht. Der Leser glaubt bei der Lektüre des Buches, die Wahlverfassung hänge mit der Reichsverfassung kaum noch zusammen. An keiner einzigen Stelle wird über die realen Machtverhältnisse gehandelt, die hinter den Kurfürsten stehen, oder über ihr Verhältnis zu den andern Mächten im Reich. Das angestrenzte Bemühen des Verfassers, uns jenseits der Quellen und ihrer Vorstellungen den Einblick in das Walten der geschichtlichen Mächte selbst zu erschließen, muß als mißglückt bezeichnet werden.

Leipzig.

Eugen Rosenstock.

---

Eugen Rosenstock, Ostfalens Rechtsliteratur unter Friedrich II., Texte und Untersuchungen, Weimar, Hermann Böhlau Nachfolger 1912. 147 S. 8°.

Der Verfasser vermißt eine selbständig neben der Rechtsgeschichte stehende juristische Literaturgeschichte, die nicht die Biographien von juristischen Schriftstellern in den Mittelpunkt stellt, sondern sich als eine Geschichte der rechtlichen Gedankenwelt, als eine Geschichte des juristischen Geisteslebens bezeichnen läßt. Die vorliegende Abhandlung soll hierzu eine Vorarbeit auf einem Spezialgebiet liefern. Der Verfasser bringt drei einzelne Schriften, den Sachsenspiegel, die sächsische Urkundenlehre (*Summa prosarum dictaminis*) und den Kern des Magdeburgischen Weichbildrechts, in einen engen Zusammenhang, da sie dem zweiten Viertel des 13. Jahrhunderts entstammten und „in dem Einen geistigen Nährboden der ostfälischen Bischofssitze“ wurzelten. Aus ihnen will er das juristische Geistesleben dieser Zeit und dieser Gegend erschließen. Auf das Endziel kommt der Verfasser erst im dritten Abschnitt, die beiden ersten Abschnitte sind der „Überlieferung“ und der „Erläuterung“ der „Urkundenlehre“ und des „Weichbildrechts“ gewidmet.

I. Wir wenden uns zunächst der Urkundenlehre zu (S. 4 ff.). Sie ist zuerst von Rockinger nach einer Münchener Handschrift veröffentlicht worden. Der Verfasser zieht noch ausgiebig eine zweite Handschrift aus der Hofbibliothek in Wien für Text und Beurteilung

des Werkes selbst heran. Mit ihrer Hülfe werden die Würzburger Stücke und Erwähnungen Würzburgs in der Münchener Handschrift als spätere Zutaten und Abänderungen des ursprünglichen Werkes gekennzeichnet und letzteres rein auf Magdeburg und Meißen bezogen. Rosenstock druckt dann einige für ihn wichtige Verbesserungen aus der Wiener Handschrift ab (S. 8—13). Bei der Erläuterung („Auslegung“) der so geläuterten Urkundenlehre (S. 54 ff.) werden ihre beiden Teile geschieden, das Lehrbuch und die Urkundensammlung. Zunächst untersucht der Verfasser die Urkundensammlung. Sie enthält Urkunden über Verhältnisse des geistlichen Territoriums von Magdeburg und Reichssachen, außerdem aber zwei Urkunden, die sich mit städtischen Verhältnissen befassen. Für die ersteren wird dargelegt, daß sie auf echte Urkunden der Magdeburger und Meißener Kanzlei zurückgehen; insoweit die Echtheit durch Originale nicht unmittelbar feststellbar sei, müsse sie doch mangels jeder Spur einer Fälschung vermutet werden. In bezug auf die beiden städtischen Urkunden wird dargelegt, daß sie ebenfalls nicht Erfindungen seien, sondern durchaus tatsächlichen Vorgängen entsprechen können. Die auffällige Bezeichnung „*possessio tedialis*“ in der einen deutschen Gerichtsurkunde sei ein salopper Ausdruck, der aus der italienischen Notariatspraxis herübergenommen sei. Das Lehrbuch kennzeichnet der Verfasser „als ein kleines Kompendium der juristischen Grundbegriffe von einem Laien, bestimmt für Laien, die sich mit der Gerichtspraxis vertraut machen wollen“. Es gehöre zu den „populären“ juristischen Schriften, seine Quelle sei aber nicht eine wissenschaftliche Literatur, sondern die praktische Erfahrung. Das ganze Recht erscheine hier als Einheit trotz der gemachten Unterscheidungen zwischen römischem und deutschem, weltlichem und kirchlichem Recht. Im weltlichen Recht treten die deutschen Gewohnheiten als Ausnahmen gegenüber dem römischen Recht auf. Für die im Lehrbuch aufgeführten Fälle seien ein oder mehrere Beispiele in die Urkundensammlung eingestellt. Die Urkundenarten, auf die im theoretischen Teil verwiesen werde, seien übrigens bis zu Nr. 81 der Urkundensammlung vertreten; vielleicht habe die Sammlung ursprünglich hier abgebrochen. Als Entstehungsort nimmt der Verfasser Magdeburg an, um so mehr als die Schrift dem Bischof Gernand von Brandenburg (1222—1241) gewidmet sei. Die Entstehungszeit wird in die ersten Jahre der Regierung des Erzbischofs Wilbrand (seit 1235) verlegt; und zwar, wie sich aus dem Folgenden gleich ergeben wird, nach 1236. Ferner meint Rosenstock, daß die Schrift bereits 1238 verfaßt sein „dürfte“, da in einer Beurkundung für Mariental die Urkundenlehre benutzt zu sein „scheine“. Der starke Meißener Einschlag der Urkundenlehre aber sei leicht zu erklären, da von 1236 an ein „*Conradus scholasticus Budesinensis*“ als Notar in Magdeburgischen Diensten stehe, der gleichzeitig auch Notar beim Bischof von Meißen gewesen sei. „Das wahrscheinlichste“ sei es „also“, daß dieser Konrad die Magdeburgische Urkundenlehre „verfaßt“ habe, „mindestens habe er bei ihrer Geburt Pate gestanden“. Schließlich wird noch

gezeigt, daß die Urkundenlehre keinen längeren Einfluß selbst in ihrer engeren Heimat ausgeübt habe.

Nehmen wir zu den Darlegungen Rosenstocks über die Urkundenlehre Stellung, so erscheinen sie in vielen Punkten durchaus annehmbar. Es dürfte ihm gelungen sein, unsere Kenntnis von der Urkundenlehre erheblich zu fördern. Allein das, was Rosenstock über ihren Verfasser sagt, ist ganz und gar nicht bewiesen. Für die Autorschaft oder „Patenschaft“ des Notars Konrad wird angeführt, daß dieser sich seit 1236 in Magdeburgischen und in Meißner Diensten befunden habe, und die Urkundenlehre ja Stücke aus der Meißner Kanzlei enthalte. Das sind keine durchschlagenden Gründe, und hiermit entfällt auch für die Entstehungszeit das Jahr 1236 als terminus a quo (vgl. auch Schreiber in den Göttingischen gelehrten Anzeigen 1913 Nr. 6 S. 353). Als solcher terminus a quo würde dann auf Grund der Ausführungen Rosenstocks das Jahr 1235 (das Jahr des Regierungsantritts Wilbrands) in Betracht kommen. Aber auch dies scheint mir nicht gesichert. Die einzige Urkunde, die Rosenstock für Wilbrand verwendet, ist Nr. 72a der Wiener Handschrift. Aber in dieser ist Wilbrand nicht mit Namen genannt, sondern der Bischof erwähnt hier „bone memorie B decessorem nostrum“; dies B bezieht Rosenstock auf Erzbischof Burkhard (1233—1235), den Vorgänger Wilbrands. Hierzu kommt, daß die Nr. 72a gerade in der Münchner Handschrift fehlt. — Man wird also mit einiger Sicherheit die Entstehungszeit nur so ansetzen können: Einerseits vor dem Tode Gernands (1241), andererseits nach dem Regierungsantritt Burkhards (1233).

II. Unter dem alten „Weichbildrecht“ versteht der Verfasser (S. 13 ff.) das Stück des Magdeburgischen oder Sächsischen Weichbildes, das in der bekannten Ausgabe von Laband als „Rechtsbuch von der Gerichtsverfassung“ gedruckt ist (Art. 6—18). Für das ganze Rechtsbuch verwendet er die Bezeichnung Weichbild und Weichbildvulgata, für Art. 42 ff. gebraucht er im Anschluß an Laband den Ausdruck Schöffenrecht. Der Verfasser will zunächst insbesondere die Entstehungszeit des Weichbildrechtes, sein Verhältnis zu der sog. Weichbildchronik, das Alter des „Rechtes der Dienstmannen von Magdeburg“ und des sog. Epilogs zum Sachsenspiegel, schließlich das Verhältnis der beiden letzteren zum Weichbild- und Schöffenrecht feststellen. Mit Rücksicht auf diese ungelösten Fragen hat Rosenstock das Handschriftenmaterial durchmustert. Nach Maßgabe ihrer Wichtigkeit für diese Frage stellt er 23 Handschriften zusammen und beschreibt sie. Die darauf folgende Untersuchung baut auf diesen Handschriften auf. Der Verfasser geht von der Weichbildchronik aus; er scheidet sie folgendermaßen in zwei Teile: der erste Teil sei der sog. Anhang VII der sächsischen Weltchronik, von der Welt Beginn bis 1130 reichend; ihr zweiter Teil greife auf Otto I. zurück und gehe in seiner ursprünglichen Gestalt nur bis auf Friedrich II. und Erzbischof Wilbrand. Nun wird der Nachweis versucht, daß der erste Teil zum Schöffenrecht, der zweite Teil zum alten Weichbildrecht gehöre, und daß der Kom-

pilator, der zuerst die beiden Rechtsbücher miteinander vereinigte, auch die vor ihnen stehenden Chroniken unverarbeitet nebeneinander stellte. Aber, so meint Rosenstock weiter, nicht bloß handschriftlich gehöre der zweite Teil der Chronik zum alten Weichbildrecht, sondern sie bildeten zusammen die planmäßige Arbeit eines Schriftstellers. Der Beweis ließe sich am kürzesten so formulieren: „der historische Teil ist teilweise auch Rechtsbuch und das Rechtsbuch teilweise auch Historie.“ Diese einheitliche Arbeit, also Chronik II und Rechtsbuch, bringt dann Rosenstock zum Abdruck (S. 35 ff.). Ebenso wie bei der Urkundenlehre bietet Rosenstock auch für das „Weichbildrecht“ an einer späteren Stelle seiner Abhandlung eine ausführliche „Erläuterung“ („Kommentar zum Weichbildrecht“ S. 70 ff.). Hier wird das Thema des Werkes besprochen, es sei dies die Darstellung des Weichbildrechts, das von seinem Verfasser offenbar von *wic* = Kampf abgeleitet werde. Beherrscht sei die Schrift jedoch von dem Gedanken, daß „alles mit einem Recht begriffen sei“. Gekennzeichnet werde sie durch Spekulation und konstruktives Bestreben. Als sichere Quellen der Chronik käme vor allem die sächsische Weltchronik und eine Magdeburger Chronik in Betracht. Sichere Quellen des Rechtsbuches seien hauptsächlich der Sachsenspiegel und die Historia Scholastica des Petrus von Troyes, Comestor genannt. Die Hauptaufmerksamkeit Rosenstocks gilt dann dem „Herzogtum Schartau“ und dem „Pfalzgericht“ des Rechtsbuches. Zum Verständnis muß bemerkt werden, daß das Weichbildrecht von einem Herzogtum spricht, das aus „Schartowe obir die Elbe“ von Kaiser Otto gegründet worden sei; es ist weiter dort die Rede davon, daß Schartowe älter als Magdeburg, aber beides mit einem Recht begriffen sei. Deshalb seien aus Schartau vier Mannen zum Pfalzgericht zu holen. In der Chronik heißt es, daß Kaiser Otto dem Bischof Adalbert von Magdeburg das „herzogedume ober elue“ übertragen habe, „das he da gericht hatte ober icliches mannes gut, der sich verburt hette mit orteilen“. Rosenstock nimmt als Quelle für dies „Herzogtum“ eine Urkunde von 1196 an, in welchem von einem „*ducatus transalbinus*“ des Erzbischofs gesprochen werde und eine Auflassung brandenburgischen Allodialbesitzes an den Erzbischof zu Lehn stattfinde, offenbar auf der Dingstätte des Landgerichts vor der Stadt Burg. Der Verfasser des Weichbildrechts habe hieraus ein „Herzogtum jenseits der Elbe“ gemacht; dessen Verleihung an den Erzbischof sei in der Weichbildchronik geschickt neben die Verleihung eines Herzogtums an den Erzbischof von Köln durch Otto den Großen, die sich in der sächsischen Weltchronik finde, gestellt worden. Der Schriftsteller habe dann das Herzogtum auf Schartau radiziert, was der damaligen Auffassung entspreche, daß das Herrschaftsrecht zwar auf dem Lande, aber nur auf einem bestimmten Punkte des ganzen Gebietes liege. Freilich habe Burg einen größeren Anspruch auf die Namensgebung gehabt, aber das Burger Landrecht habe früher Recht von Schartau geheißen. Die Einheit von Schartauer und Magdeburger Recht entspräche schließlich dem Kolonisationsprivileg Wichmanns

von 1159, nach dem ein einziger Richter Gerichtsverwalter der beiden mit diesen verschiedenen Rechten ausgestatteten Gerichtsgemeinden gewesen sei. Das „Pfalzgericht“ des Rechtsbuches erklärt Rosenstock als reine Konstruktion seines Verfassers, es habe mit einem pfalzgräflichen Gericht und mit der Pfalzgrafschaft des Herzogs von Sachsen nichts zu tun, es symbolisiere die Mittelstellung von Magdeburg zwischen Reichsstadt und Territorialstadt. Die Entstehungszeit des Werkes wird zwischen 1237 und 1241 verlegt, nach 1237, weil die sächsische Weltchronik benutzt sei, vor 1241, unter anderem deshalb, weil noch der Schultheiß und nicht der Rat das Stadtsiegel führe. Schließlich handelt Rosenstock über den Verfasser des ganzen Werkes. Er sei in Magdeburg zu suchen unter den Schöffen und erzbischöflichen Dienstmannen, er müsse aus Schartau stammen. Nun diene seit dem 12. Jahrhundert im Erzbistum Magdeburg ein Geschlecht, das seinen Namen nach der Stadt Burg führe. In ihm seien die Namen Conrad und Heidenreich, auch Werner und Hartmut vertreten. Es hat jenseits der Elbe Lehn von den Magdeburgischen Kirchen. Im Jahre 1232 liege ein Angehöriger dieses Geschlechts Heidenreich mit der Stadt Burg um einen Forst in Streit, er nehme ihn als Lehn in Anspruch, doch verzichte er am 1. Januar 1233 auf ihn. Im Jahre 1233 erscheine Heidenreich noch einmal mit seinem Bruder Konrad in einer Urkunde. Dann verschwänden die „Burgs“ aus den Magdeburger Zeugenreihen. Aber ein Jahr nach dem Vergleich begegneten als erzbischöfliche Dienstmannen in Magdeburg „Wernerus Conradus et Heidenricus fratres de — Schartowe“. Rosenstock stellt nun die Vermutung auf, daß diese Schartaus die alten Burgs seien, die wegen des Verlustes ihres Forstlehns zu Burg sich nach Schartau genannt haben könnten. (Zwar kämen schon 1183 und 1207 Wichard und Johannes von Schartau in Magdeburg vor, aber das könnten „Seitenverwandte der Burgs“ sein; ihre „absonderlichen“ Vornamen machten es wahrscheinlicher, daß sie einem anderen Geschlechte angehörten.) Diese Hypothese wird dann noch weiter zugespitzt. In der „Urkundenlehre“ werde bei der Formel mit der *possessio taedialis* ein Magdeburger Bürger mit Namen genannt, der aber heiße „W. von Schartau“. Der Notar Konrad habe hier vielleicht des Werners von Schartau als seines Freundes und Studiengenossen „ebenso zurückhaltend wie anmutig scherzend“ gedacht, indem er ihm „verblümt wenigstens literarisch zu seinem Recht“ im Grundstücksstreite „verholfen“ habe. Nehme man an, daß Werner von Schartau der Verfasser des Weichbildrechts sei, so erkläre sich glänzend die Verherrlichung Schartaus, das Interesse für Stadt und Land u. a. Eine Abbildung dieser Mutmaßung gebe eine Urkunde von 1238, in welcher der Notar Conrad von Bautzen und der Ritter und Schöffe Werner von Schartau im Reisegefolge des Erzbischofs auftreten. Schließlich erklärt Rosenstock: „Ich persönlich meine es auf alle diese Indizien hin wagen zu dürfen und rede Werner von Schartau oder mindestens einen Herrn von Schartau als Verfasser des Weichbildrechts an. Freilich: *Magis in studiis homines timor quam fiducia decet.*“

Wir nehmen nun zu diesen Darlegungen des Verfassers über das Weichbildrecht Stellung.

Der handschriftliche Nachweis über das Originalschöffenrecht mit Chronik I, über das Originalweichbildrecht mit Chronik II und über ihre umschichtige Aneinanderreihung kann vielleicht als geführt angesehen werden. Immerhin kann man m. E. wegen der großen Anzahl der erschlossenen Handschriften, die den Beweis erst zu stützen vermögen, nicht von einem gesicherten Ergebnis sprechen. Zu der unter 4 angeführten Handschrift: Danzig, Stadtarchiv (Homeyer Nr. 143) bemerkt der Verfasser: „Das Archiv war trotz aller Anstrengung zu keiner Antwort zu bewegen.“ Das ist erklärlich, da das alte Stadtarchiv ins Staatsarchiv übergegangen ist. — Entschieden abzulehnen ist aber m. E. die Ansicht Rosenstocks, daß Weichbildrecht und Chronik II die einheitliche planmäßige Arbeit eines Schriftstellers bilden. Mit der „kürzesten“ Formulierung des Beweises, die Rosenstock für seine Behauptung gibt, und die oben mitgeteilt worden ist, kann man gar nichts anfangen. Es kommt darauf an, ob die beiden Teile im einzelnen zueinander stimmen. Daß dies nicht der Fall ist, hat Schreiber a. a. O. S 350f. überzeugend dargetan. Ergänzend möchte ich noch folgendes hinzufügen. Daß nach dem Rechtsbuch Otto I. Weichbildrecht in Magdeburg eingeführt hat, im Gegensatz zu der Angabe der Chronik Art. 2, die dies auf Otto II. zurückführt, dürfte auch aus Rechtsbuch Art. 10 am Ende erhellen. (Unklar ist mir übrigens geblieben, wie Rosenstock den Schlusatz dieses Artikels versteht, wo es von Otto dem Roten heißt: „vnde machte do das herzogtum obir der elbe.“ Also hat Otto II. und nicht Otto I. das „Herzogtum Schartau“ gegründet?) Rosenstock erklärt ferner S. 108, daß es klar sei, welchem Stück im Rechtsbuch die Neigung des Autors hauptsächlich gelte: der Darstellung des Pfalzgerichts, das Otto II. gestiftet habe. Dann ist es aber m. E. ganz rätselhaft, daß derselbe Autor bei einer vorangestellten Zeittafel, die die wichtigsten Ereignisse erwähnt, bei Otto II. vom Pfalzgericht nichts sagt. Nur in einem Punkt kann man Schreiber nicht zustimmen. Er hält die Ansicht Rosenstocks auch deshalb für unannehmbar, weil beide Schriften in verschiedenen Dialekten überliefert seien. Rosenstock sage selbst, „ungelöst bleibe die Dialektfrage“. Die Lösung der Dialektfrage aber, so fährt Schreiber fort, scheine ihm zu den Grundlagen zu gehören, auf denen die Hypothese Rosenstocks erst verhandelt werden könne. Allein Rosenstock meint mit den angeführten Worten nur, daß er den Dialekt, in dem der Verfasser des Weichbildes geschrieben habe, nicht feststellen könne. Wegen des zufälligen Umstandes der Überlieferung müsse er Chronik und Rechtsbuch aus zwei Handschriften verschiedenen Dialekts drucken. Eine Ausgleichung in einem willkürlich gewählten Einheitsdialekt hielt er für verboten. — Es ist klar, daß Rosenstock infolge seines falschen Ausgangspunktes auch später zu Ergebnissen geführt wird, die in keiner Weise als bewiesen angesehen werden können. Dies gilt von der Entstehungszeit des Rechtsbuches, insofern

als Rosenstock das Jahr 1237 als terminus a quo des ganzen Werkes aus der Chronik herleitet. Diese habe die im Jahre 1237 erschienene Weltchronik benutzt (vgl. Schreiber a. a. O. S. 354). Woher weiß übrigens Rosenstock, daß es gerade das Jahr 1237 war, in dem die Weltchronik erschien, warum nicht 1238? (vgl. Zeumer in der Brunner-Festschrift S. 135 ff.). Etwas im Zusammenhang mit der Verkoppelung von Chronik und Rechtsbuch stehen auch die Hypothesen Rosenstocks über ihren Verfasser. Ihre Hauptgrundlage aber haben sie in einer zu weit gehenden Phantasie Rosenstocks. Man betrachte zunächst die Tümmung von Hypothesen, die schließlich zu Werner von Schartau hinführt. Vor allem aber sind die einzelnen Hypothesen gar nicht wahrscheinlich gemacht. Hierher gehört die Annahme, daß die Schartaus ursprünglich Burg geheißen haben, der Grund, warum sie ihren Namen geändert haben, und warum Schartau gegenüber Burg erhöht und zum Herzogtum gestempelt werden muß u. a. m. (ablehnend auch Schreiber a. a. O.). Wertvoll ist dagegen die Zusammenrückung des „Herzogtums über der Elbe“ in Chronik und Weichbildrecht mit dem „ducatus transalbinus“ in der Urkunde von 1196, die Feststellung der Bedeutung, die dieser Ausdruck in Wirklichkeit gehabt habe, nämlich = provincia tansalbina, weltliches Herrschaftsgebiet, weltliche Gewalt. Verdienstlich ist der Nachweis, in welche beiden Teile die Chronik zerfällt, und daß der erste Teil nichts anderes ist als Anhang VII der Weltchronik. Nicht unwahrscheinlich ist auch das, was Rosenstock über das Pfalzgericht sagt.

III. Im Anschluß an das Weichbildrecht beschäftigt sich Rosenstock auch mit dem Magdeburger Dienstmannenrecht und dem sog. Epilog zum Sachsenspiegel. Ersteres wird allerdings nur ganz kurz behandelt (S. 35). Es fände sich nicht in Verbindung mit dem Weichbild trotz seines örtlichen Zusammenhanges. Sein Alter bliebe ganz ungewiß. Eingehender spricht Rosenstock über den Epilog (S. 33f.). Er weist vermittelt der handschriftlichen Überlieferung nach, daß der Epilog mit dem Weichbild nichts zu tun hat. Der Verfasser läßt einen Abdruck folgen, bei dem er Homeyer Nr. 346 und Nr. 303 zugrunde legt. Obschon die äußere Überlieferung den Epilog „als Spätling beglaubige“, bliebe nichts anderes übrig, als seine Abfassung in die Zeit Eikes von Repgow zu setzen. Denn aus seinem Inhalt ergebe sich, daß es „von einem Besitzer des Sachsenspiegels verfaßt“ sei, „dem Eike sein Werk selbst überreicht habe“: „Von der gnaden gotis und sein, so ist diz buch geworden mein.“ Man habe sich daher die Verse wirklich „in einem der ersten Sachsenspiegel-Exemplare eingetragen zu denken“. Schreiber a. a. O. S. 349 hat demgegenüber bereits geltend gemacht, daß die angeführten Verse des Epilogs nicht zu der Annahme „zwingen“, daß der Dichter das Exemplar von Eike geschenkt bekommen habe. Eikes „gnade“ könne darin bestehen, daß er das Buch „verfaßt“ habe. Ich glaube, daß man noch weiter gehen und die Ansicht Rosenstocks schlechthin ablehnen muß. Die angeführten Verse gehen m. E. ersichtlich auf eine Stelle der Reimvorrede

zum Sachsenspiegel zurück (157 u. 158): „Von gotes halven de gnade min / sol al der werlt gemeine sin.“ Der Dichter des Epilogs wendet diese allgemeinen Worte Eikes einfach auf seine eigene Person an, da er den Sachsenspiegel aus irgendwelchen Gründen besitzt, ihn kennt und schätzt.

IV. Der dritte Abschnitt „Die Verknüpfung“ (S. 115 ff.) zerfällt in zwei Kapitel.

Das erste Kapitel (S. 115—136) handelt, wie schon erwähnt worden ist, von den Zusammenhängen und Wirkungen des Sachsenspiegels, der Summa dictaminis und des Weichbildrechts. Dabei wird die Entstehungszeit des Sachsenspiegels zwischen 1224 und 1232 „mit eben der Gewißheit“ zugrunde gelegt, „wie Zeumers Ausführungen über Eikes Persönlichkeit“. Rosenstock versucht aber den Bildungsgang Eikes noch weiter aufzuklären. Er meint, daß Eike die Halberstädter Domschule besucht und daß dort Johannes Zemecke (Teutonicus) sein Lehrer gewesen sei. Diese Ansicht wird durch folgende Momente zu stützen versucht. In Magdeburg sei zwar Gernand Scholaster gewesen, aber die Jurisprudenz habe als Lehrgegenstand keine größere Rolle gespielt. Dies beweise die „Urkundenlehre“, in welcher nur die Praxis der Kanzlei und italienischer Einfluß hervortrete; Gernand selbst sei wohl Theologe und Logist gewesen. Auch der außerordentlich geringe juristische Bücherbestand, der für die Dombibliothek Magdeburgs unter Friedrich II. erschlossen werden könne, zeige, daß ein ausgedehnteres juristisches Studium gefehlt habe. In Halberstadt dagegen wirke Johannes Zemecke als Domscholaster. Dieser habe für seine juristischen Arbeiten eine Bibliothek zusammenbringen müssen. Hiervon gäben auch noch heute zwei Halberstädter Codices (jetzt in Halle) aus dem 13. Jahrhundert Kunde. In ihnen befände sich auch die Summa decretalium Bernhards von Pavia. Weiter stehe in ihnen eine Ausführung des Alanus, eines Vorkämpfers der kurialen Ansprüche, über die Zweischwerterlehre und das päpstliche Absetzungsrecht. Es werde hier ausgeführt, daß der Kaiser vom Papst das Schwert erhalten habe und der Papst ihn absetzen könne „sed nec tunc forte pro omni sed solum pro tali, quod scandalum inducit ut est haeresis, symonia, discordia continua et si qua sunt similia“. Teutonicus sei aber für scharfe Trennung der beiden Gewalten gewesen; daher sei anzunehmen, daß er auch Absetzungsrecht und Bannrecht getrennt habe; und es sei weiter anzunehmen, daß er das Bannrecht gegenüber dem Kaiser unter Anwendung der ihm vorliegenden Stelle des Alanus auf bestimmte Fälle beschränkt habe. Nun benutze aber der Sachsenspiegel den Kommentar Bernhards an zwei Stellen (Friedetage und Trennung von Acht und Bann in ihren Wirkungen). Die Zweischwerterlehre des Sachsenspiegels und seine Sätze über das Bannrecht des Papstes gegenüber dem Kaiser entsprächen ferner genau den Grundsätzen, die Teutonicus vertreten habe. Im übrigen würden fortgesetzt in Halberstädter Urkunden die beiden Schwerter einander gegenübergestellt. So nimmt denn Rosenstock an, daß Eike, da er zunächst für den geist-



lichen Stand bestimmt gewesen sei, die Halberstädter Domschule unter Leitung des Teutonicus besucht habe. Infolgedessen seien die juristischen Kenntnisse Eikes sehr einfach zu erklären. Die Geschichte von der Calpurnia hörte er in der Schulstunde, seine Verwendung der Bibelkenntnisse sei typisch kanonistisch, seine Äußerung über die Weltalter stamme aus dem Vortrag seines Lehrers „d. h. aus dem Dekret“. Isidor sei damals kein beliebtes Handbuch mehr gewesen und die rein literarische Überlieferung in Halberstadt habe das siebente Weltalter auf 1000 Jahre von Kaiser Konstantin an berechnet. Die Beschlüsse des lateranischen Konzils seien Eike aber nicht mehr vorgetragen worden; er sei vor 1215 in die Welt zurückgekehrt, um als Ritter und Schöffe tätig zu sein. Dann habe er den Sachsenspiegel verfaßt. In der ersten Auflage verbinde er seine gelehrten Kenntnisse mit der praktischen Erfahrung. Aber „der Gefahr allzuweit geführter theoretischer Spekulation“ entgehe er dadurch, „daß ihn schriftliche, etwa kanonisch-rechtliche Vorlagen nicht beengen und verwirren“. Später sei Eike Geistlicher geworden, vermutlich unmittelbar nach 1233 sei seine Pilgerfahrt nach Rom anzusetzen; nachher habe er seinen Wohnsitz in Magdeburg aufgeschlagen und dort 1237 seine Weltchronik vollendet. In Magdeburg aber habe sein Vorbild den Ehrgeiz eines Magdeburgischen Ritters geweckt, es ihm nachzutun: Es ist Werner von Schartau. Er muß auch eine Chronik und ein Rechtsbuch schreiben! So gelange das Weichbildrecht mit Chronik zur Entstehung. Sein Verfasser aber schwanke „zwischen den literarischen Quellen und seiner eigenen Welt- und Rechtskenntnis“ hin und her und helfe sich nur durch „einen kühnen, aber gewaltsamen Bau“. Die zweite Auflage des Sachsenspiegels habe „Werner von Schartaus Tätigkeit“ gekannt und die Verse 33 ff. des ersten Teils der Reimvorrede des Sachsenspiegels seien dagegen gerichtet. Das Weichbild enthalte ja „ausgedachtes“ Recht, und das angeblich alte Institut, mit dem in Wahrheit eine „Beschränkung“ verbunden sei, sei das Pfalzgericht. Da Werner um 1241 gestorben zu sein scheine, so müsse ungewiß bleiben, ob die Verse sich gegen den Lebenden oder das Werk wenden. Wichtiger sei, daß eine Mehrzahl von Männern um 1240 in Magdeburg juristisch-literarisch tätig sei, jeder in seiner Weise, alles Bekannte von Eike; zu den Bekannten Eikes gehöre auch der „Reimschmied“ des Epiloges zum Sachsenspiegel, der aber kaum in Magdeburg gelebt habe. — Rosenstock geht dann noch auf die Wirkung des Sachsenspiegels und des Weichbildrechts ein. Der Sachsenspiegel habe nun als Magdeburgisches Rechtsbuch gegolten. Das Weichbildrecht sei zwar abgeschrieben und verbreitet worden, habe aber zu keiner praktischen Geltung gelangen können, seine Glosse stände ihm ratlos gegenüber, der Magdeburger Schöffenstuhl habe ihm seine offizielle Anerkennung versagt. Ein großer Erfolg aber sei Werner von Schartau dennoch beschieden gewesen. Das vor 1280 errichtete Reiterstandbild auf dem Markte zu Magdeburg stelle nicht, wie allgemein angenommen werde, Otto I., sondern Otto II. dar, der Magdeburg mit Weichbildrecht bewidmet

habe; und die vier Reiterfiguren an den Ecken, die unter Karl IV. hinzugekommen seien, wären die vier Fürsten des Pfalzgerichts, das Otto II. gegründet haben soll.

Es ist klar, daß wir vielen dieser Ausführungen nicht zustimmen können, weil wir bereits den Grundlagen, auf denen sie aufgebaut sind, widersprechen mußten. Aber auch das, was der Verfasser hier des weiteren an Neuem bietet, ist m. E. größtenteils weder bewiesen, noch auch hinreichend wahrscheinlich gemacht. Hierher gehört die Meinung Rosenstocks, daß Eike die Halberstädter Domschule besucht habe und Teutonicus sein Lehrer gewesen sei. Rosenstock glaubt dies aus der dortigen Pflege der Rechtswissenschaft, ihren Bücherbeständen und der mutmaßlichen Ansicht des Teutonicus in der Zweischwerterlehre und über das Absetzungs- und Bannrecht des Papstes schließen zu können. Sind wir denn aber irgendwie genötigt, wenn wir eine gelehrte Vorbildung Eikes annehmen, sie an einen Ort zu verlegen, an dem die Rechtswissenschaft ganz besonders gepflegt wurde? War die Summa Bernhards eine so große Seltenheit? Ist nicht die Zweischwerterlehre eine Lehre, die alle Gelehrte interessierte? Und wie steht es mit der Ansicht des Teutonicus in dieser Lehre? Sie wird uns von Rosenstock gar nicht völlig nachgewiesen, sondern nur in der oben angeführten Weise erschlossen. Und Rosenstock muß selbst hinzufügen, daß Teutonicus in bezug auf die Fürsten, die unter dem Kaiser stehen, sogar Alanus' Lehre billigt. Siehe S. 121 Anm. 1: „Sic ergo Papa potest omnes iudices, sive Duces sive comites deponere propter haeresin et etiam propter alias iniquitates.“ Und trotz aller dieser Umstände lesen wir klipp und klar bei Rosenstock: „Die berühmten Worte im Anfang des Sachsenspiegels sind ebenso wie der Satz über das Bannrecht des Papstes der genaue Ausdruck der Grundsätze, die Johannes Teutonicus vertritt.“ — Sehr unwahrscheinlich ist das, was Rosenstock über die Bücherbestände Magdeburgs sagt, auch hier muß er selbst zugestehen, daß wegen der Schicksale Magdeburgs nur ein „Wahrscheinlichkeitsbeweis“ möglich sei; doch kann ich nicht finden, daß selbst dieser geführt wird. Nicht zutreffend ist die Bemerkung Rosenstocks, daß die Weltalter Eikes auf das Dekret Gratians zurückgehen. Wie Stutz („Das Verwandtschaftsbild des Sachsenspiegels“, Heft 34 der Untersuchungen zur deutschen Staats- u. Rechtsgeschichte, herausg. von Otto Gierke, 1890, S. 25 ff.) überzeugend nachgewiesen hat, muß sich Eike bei den Weltaltern und der Verwandtschaftsbegrenzung an ein anderes Vorbild angelehnt haben (schon bei Stutz a. a. O. S. 34/35 findet sich übrigens die Bemerkung, Eike sei „von geistlicher Seite“ diese Quelle „schriftlich oder mündlich vermittelt worden“ und S. 25: Eike habe hier „aus seiner Gelehrsamkeit geschöpft“). Freie Erfindung Rosenstocks ist der „Ehrgeiz“ Werners von Schartau, der beides, nicht bloß ein Rechtsbuch, sondern auch eine Chronik schreiben muß, um es Eike gleichzutun. Und deshalb ist es abzulehnen, wenn Rosenstock dies als Beweis dafür anführt, daß Sachsenspiegel und Weltchronik den gleichen Verfasser haben, und erklärt: „Dies

drückt dem bisher schon erschlossenen Verhältnis das Siegel der Bestätigung auf.“ Auch darin kann Rosenstock nicht beigestimmt werden, daß sich die Verse 33 ff. der Reimvorrede des Sachsenspiegels gegen eine einzelne Person, und zwar gegen den Verfasser des Weichbildrechts richten müssen. Es ist nicht richtig, daß sie einen einzelnen Gegner aufs Korn nehmen. Der Dichter sagt an der von Rosenstock angeführten Stelle: „Sver rechte rede verkeren wil, der heldet lange unrechten strit; Her rüfet unde scallet vil. diz recht habent von alder tzit Unse vorderen here gebracht, des er nicht kan gedenken; Wen selve hat er 'z underdacht unde wil uch mite bescrenken. Nu merke man den man dar bi, der nüwe recht ufbringen wil; Wie recht daz er selven si, so ne kan er scaden mir nicht vil.“ Daß dies auf eine einzelne Person bezogen werden muß, ist mir unverständlich. Die „Er“ gehen doch alle auf das erste „Sver“ zurück. Es liegt nicht anders als z. B. bei den vorangehenden Versen: „Sver mine lere nene vernemet, wil he min buch bescelten san, So tut he daz ime missetzemet usw.“ Aber es ergibt sich aus den von Rosenstock nicht mehr mitgeteilten, direkt folgenden Versen deutlich, daß der Dichter nicht bloß eine einzelne bestimmte Person im Auge hat. Er fährt nämlich fort: „Ja ist uns von den argen kunt ein wort gesprochen lange: Der vogel singet als ime der munt gewaczen steit tzu sange.“ (Man vergleiche hiermit Vers 15 und 16, die auch in die Mehrzahl übergehen nach vorhergehendem „sver . . . her“.) Aber ganz abgesehen davon, passen denn die Verse zu dem Bild, das Rosenstock von Werner von Schartau und der Entstehung des Weichbildrechts uns entwirft? Ist das Weichbildrecht überhaupt eine Streitschrift („der heldet lange unrechten strit“)? Wird hier viel Geschrei und Lärm gemacht? Ich kann das nicht finden. — Was schließlich das Reiterstandbild auf dem Markte zu Magdeburg anlangt, so läßt sich m. E. aus dem Weichbildrecht und der Chronik ebensogut folgern, daß es Otto I. darstellt; ja, dies liegt eigentlich näher, da nach beiden Magdeburg auf Otto I. zurückgeht; im übrigen übersieht Rosenstock auch hier, daß das Rechtsbuch ebenfalls Otto I. die Bewidmung mit Weichbildrecht zuschreibt.

Im letzten Kapitel (S. 136—147) betrachtet Rosenstock in großen Zügen die universale, einheitlich-geschlossene Denkweise der gesamten Wissenschaft und die bedeutsame Stellung der begriffsbildenden Jurisprudenz im Mittelalter. Zu Anfang des 13. Jahrhunderts seien allerdings in Deutschland Tendenzen zum Partikularen und Nationalen in der Rechtswissenschaft rege. Sie kämen im Sachsenspiegel zum Vorschein. Doch habe sich an ihm eine selbständige deutsche Rechtswissenschaft infolge des Weiterherrschens der Scholastik nicht heranbilden können, wie der mißglückte Versuch des Weichbildrechts lehre.

Königsberg i/Pr.

Julius von Gierke.